Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 77 (1994)
Heft: 4

Artikel: Memorandum
Autor: Mäder, Hermann
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-414009

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Memorandum

In Bretton Woods, einem kleinen Ort im USA-Staat New Hampshire, fand vor 50 Jahren die United Nations Monetary and Financial Conference statt. Aufgrund der Beschlüsse vom 23. Juli 1944 wurden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank geschaffen (Bretton-Woods-Institutionen), die dem Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Staaten dienen sollten. Konferenzteilnehmer waren hochrangige politische Führer und namhafte Financiers, die, wohl nicht nur mit den Russen am «Roundtable», ihre Ziele miteinander absprachen. Die UdSSR hat die Verträge von Bretton Woods mitunterzeichnet, aber nie ratifiziert.

Osteuropa war unter die Herrschaft der Roten Armee geraten. Eines der zentralen Anliegen war daher die Eliminierung der Armut, die dem Kommunismus Tür und Tor öffnet und die Expansion der Verbrauchermärkte begrenzt. Rascher Wiederaufbau und wirtschaftlicher Aufschwung waren nach Ansicht der Finanzmächtigen Voraussetzung für die Demokratie, ein Luxus, den sich nur die Reichen leisten können. Der Marshall-Plan wurde am 3. April 1948 in Kraft gesetzt. Die Sowjetunion und ihre Satelliten bekämpften mit allen Mitteln das Dollar-Milliarden-Programm der US-Hilfe für Westeuropa, speziell für Westdeutschland. Europa stieg schnell wieder zu einer Wirtschafts-Militärmacht auf. Am 4. April 1949 wurde in Washington die NATO gegründet. Als Reaktion auf den Beitritt der BRD (5. 5. 55) formierte sich am 14. Mai 1955 in Warschau der Gegenpakt.

1965 eskaliert der Vietnamkrieg. 500 000 US-Soldaten, junge Männer aus Amerikas unteren Schichten, kämpfen gegen die Furcht, ganz Südostasien werde kommunistisch. Während Tausende zu Krüppeln geschossen werden oder elendiglich krepieren, läuft die Rüstungsindustrie auf Hochtouren, die Konjunktur rast, die Börse boomt.

Die Weltbank als Treuhänder

Ein Ziel der Weltbank: die Kontrolle über die Wirtschaft der sich emanzipierenden Kolonialstaaten nicht verlieren. Die Rolle der Bank bestand eine Zeitlang darin, die Regierungen dieser Länder davon zu überzeugen, dass Kredite ihr Wirtschaftswachstum fördern würden. Die Hilfe in fremder Währung hatte zur Folge, dass die geborgten Gelder wieder im Ausland ausgegeben werden mussten. Die Völker gerieten in Abhängigkeit von Importgütern, deren Wert weit über jenen der Exporte stieg (Handelsdefizit). Eine zweitägige Tagung der «blockfreien Länder» in der indonesischen Hauptstadt Jakarta hat neulich ergeben, dass ca. 50 Entwicklungsländer dringend Hilfsmassnahmen benötigen, da ihre Schuldenlast nicht mehr zu tragen ist. Die Exporteinnahmen seien als Folge des Zusammenbruchs der Rohstoffpreise für Erdöl, Zinn, Holz, Kohle, Kautschuk, Diamanten, Gold, Kaffee und Tee stark zurückgegangen. Ausserdem sei der Zugang zu den Märkten der Industriestaaten sehr schwierig. (dpa. 9. 2. 94)

Kriemhild Klie-Riedel

Der Klingelbeutel-Song

Ach, wie ist die Kirche arm,
bettelarm zum Gotterbarm'n!
Mir will's Herz zerspringen,
wenn ich durch die Dome geh
und die reichen Schätze seh –
wenn mit Klingelingen
in ihr Glocken-Dingdangdong
tönt der Klingelbeutel-Song:

Ave Maria – Christ, denke ans Geben!
Dir rettet's die Seele,
der Kirche das Leben.

Ach, wie ist der Papst so arm,
bettelarm, dass Gott erbarm!
Christen, lasst was springen
für den Greis, der reich und satt
immer noch zuwenig hat.
Er braucht's Klingelingen.
Selbst aus dem Mercedes-Fond
dringt sein Klingelbeutel-Song:

Ave Maria – denkt Christen ans Geben!
Euch rettet's die Seele
und mir das Vermögen.

Ach, und gar der Vatikan
selbst ist noch viel ärmer dran!
Heulen könnt ich drinnen:
denn die Werte, die ihn füllen,
könnten weltweit Hunger stillen
ohne Klingelingen,
ohne Seelenfang-Jargon,
dafür mit dem Ketzer-Song:

Ade Maria! Gebt lieber das Geld
direkt in die Beutel
der Ärmsten der Welt!

Der Internationale Währungsfonds

Da diese Länder wegen ihren ungenügenden Rückzahlungsmöglichkeiten tief verschuldet blieben, wurde der IWF ins Spiel gebracht, der diese Länder mit der Weltbank zusammen in eine Art Gläubigerverfahren brachte. Er verlangte, dass Sozialleistungen und andere öffentliche Ausgaben abgebaut wurden. Die Restriktionen für ausländische Investitionen und Importe wurden aufgehoben. Leerstehende Fabrikationsbetriebe wurden zu Dicount-Preisen verschachert. Finanzkräftigen internationalen Firmen bot die auf den Export ausgerichtete Wirtschaft lukrative Anreize.

Infolge moderner Automatisation mussten die im Übermass bereitstehenden Arbeitskräfte nur angelernt werden. Das Lohnniveau sank rapide. Die Exporte verbilligten sich, die Weltmarktpreise sanken.

Die Uruguay-Runde des GATT

Agenda: Elimination aller bestehenden Hindernisse (z.B. Zölle) für den freien Austausch von Gütern. Wettbewerbsvorteile einheimischer Produzenten gegenüber ausländischen müssen verhütet werden. Die Agrarwirtschaft, besonders die der Kleinbauern, ist hart betroffen (Bauerndemonstrationen in der Schweiz, in Deutschland und Frankreich, Aufstand der französischen Fischer). Gesundheits- und Umweltschutzgesetze, die über die anerkannten internationalen Standards hinausgehen, sind zu verunmöglichen. Importe mit der Begründung einzuschränken, die Güter entsprächen nicht den landesüblichen ökologischen Bestimmungen, ist zu unterlassen usw.

Wirtschaftliche Effizienz und internationale Wettbewerbsfähigkeit

Wettbewerbsdruck ist der Schlüssel, die globale wirtschaftliche Effizienz zu steigern. Die Staaten und Regionen, alle Unternehmer und Arbeitskräfte müssen der Disziplin des Marktes (EU) ausgesetzt werden. Die Arbeitsplätze sind von der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe abhängig zu machen.

Der Wettbewerb hat die Form kriegerischer Auseinandersetzungen angenommen. Korruption und Wirtschaftskriminalität wirken zerstörend. Zeitungsberichten ist zu entnehmen, dass sich die Deliktsumme allein in Deutschland auf 100 Mrd. Mark beläuft, entstanden durch Waschen von Drogengeldern, illegalen Waffenhandel, Bestechung, erschlichene Subventionen, Umgehung von Sozialabgaben, Manipulation von Börsengeschäften, betrügerischen Konkurs, Erpressung usw. Dazu kommen noch 100 bis 200 Mrd. Mark, die der Allgemeinheit durch Steuerhinterziehung entwendet werden.

Arbeit

Sobald das Kapital uneingeschränkt fliessen kann, ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen über nationale Grenzen hinweg gewährleistet. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind weltweit mobilzumachen. Zu jeder Tag- und Nachtzeit müssen sie, ohne Einschränkungen und zu Minimallöhnen, eingesetzt werden können. Behinderungen des freien Arbeitsmarktes durch Gewerkschaften und politische Parteien sind die Ursache ökonomischer Ineffizienz. Sie müssen bekämpft werden.

Teure Maschinen und Roboter haben 24 Stunden am Tag in Betrieb zu sein, auch an Sonn- und Feiertagen. Aktuelles Beispiel: Das Von-Roll-Stahlwerk Monteforno in Bodio wird geschlossen. Dafür soll das Werk in Gerlafingen ununterbrochen während sieben Tagen in der Woche betrieben werden. (sda. 24. 2. 94)

Rohstoffe

Die Regierungen sollen das Recht verlieren, den Verkauf natürlicher Rohstoffe aufgrund des Umweltschutzes einzuschränken oder sie für die lokale Produktion zu reservieren. Somit ist der Rohstoffmarkt – bis die Ressourcen erschöpft sind – zu preisgünstigen Bedingungen gesichert. Die zum Teil hochgiftigen Abfälle werden den armen Ländern verkauft. Aktuelles Beispiel: Greenpeace wirft den USA und Deutschland vor, Tausende von Tonnen Plastikmüll illegal nach Indonesien gebracht zu haben (sda. 12. 2. 94). Weitere Mülldeponien: Sibirien, Nordsee, Portugal, Ex-DDR.

Kein Wunder, dass das rekordverschuldete Brasilien hoffnungsvoll auf die gigantischen Vorkommen von Bodenschätzen blickt (z.B. Bauxit, Diamanten, Gold, Eisen, Kupfer, Zinn, Mangan und Holz). Der ökologische Raubbau hat ein bedrohliches Ausmass angenommen. Allein 1992 wurde eine Fläche Tropenwald abgeholzt, die siebenmal grösser ist als die Schweiz. Die brasilianische Regierung missachtet alle Umweltschutzbestimmungen, auch die der UNEP (UNO-Umweltprogramm). Die natürliche Klimaanlage funktioniert bald nicht mehr (im Februar 1994 ausgestrahlte TV-Sendung «Universum» von ORF 1).

Besteuerung

Die Ausweitung der unternehmerischen Freiheit begünstigt Standorte, wo billige, disziplinierte Arbeitskräfte vorhanden sind und angelernt werden können. Teure Sozial- und Umweltschutzvorschriften sind unerwünscht. (Ein Beispiel für das in Kauf genommene Risiko ist die Katastrophe im indischen Bopal.) Grosszügige Steuererleichterungen und investitionsfreundliche Einrichtungen sind dagegen verlockend. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Infrastrukturen wie Strassen, Flugplätze und Eisenbahnen sind Bedingung für eine Niederlassung.

Durch das GATT-Abkommen verliert der Staat an Autonomie und Freiheit. Die Rechte der internationalen Konzerne werden unwiderruflich im internationalen Recht verankert.

Die Verschleierung der Wahrheit

Die Medien, vor allem das Fernsehen, sind zu kontrollieren. Öffentliche Debatten sollten möglichst nicht stattfinden. Umfragen haben ergeben, dass die Erhaltung der Arbeitsplätze den Lohnabhängigen die grössten Sorgen bereitet. Daher müssen die Medien flächendeckend mit Botschaften gesättigt werden, um die Völker zu überzeugen, dass nur freier Handel und freie Märkte Arbeitsplätze schaffen und sichern können. Von grossem Nutzen ist es auch, Wirtschaftswissenschaftler unter Vertrag zu nehmen, die, z. B. mit Computermodellen, die Wohltätigkeit der «freien Marktwirtschaft» beweisen.

Die Uruguay-Runde des GATT ist nicht bloss ein mit unzähligen Paragraphen gespickter Handelsvertrag. Es ist der Beginn der entscheidenden, ganz grossen Auseinandersetzung zwischen dem Weltkapitalismus und **dem freien Menschen.**

Hermann Mäder

Vor dem Hauptportal der Monteforno-Werke in Bodio liest Bischof Eugenio Corecco eine Messe für die von der Schliessung stark betroffene Talbevölkerung.

Der Mensch ist nicht frei geboren, sondern zur Freiheit berufen. Denn der Begriff der Freiheit ist Selbstbestimmung. *M. Carrière*